

Datum: 07.08.17  
Telefon: 0 233-30788  
Telefax: 0 233-67968

Personal- und  
Organisationsreferat  
Organisation  
POR-P 3.23

Stellungnahme zur Beschlussvorlage „Bündelung der Angebote für junge Menschen unter 25 im Übergang in den Beruf, Junge Menschen in Bildung und Beruf - JIBB“  
(Sitzungsvorlage Nr. 14 - 20 / V 07682)

Kinder- und Jugendhilfeausschuss am 12.10.2017  
Vollversammlung am 18.10.2017

## I. An das Sozialreferat

Die im Betreff genannte Sitzungsvorlage wurde dem Personal- und Organisationsreferat mit E-Mail vom 03.08.2017 zur Stellungnahme bis 24.08.2017 zugeleitet.

Es handelt sich um einen Beschluss mit Finanzierungsaussage, in dem Kapazitätsmehrbedarfe geltend gemacht werden.

### 1. Aufgabe

Fachsteuerung mit Blick auf die Arbeit des JIBB (Jugendberufsagentur/Beratungsverbund)

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.

Für diese Aufgabe werden im o. g. Arbeitsbereich bereits 1 VZÄ eingesetzt (vgl. Beschlussvortrag, Seite 4, Ziffer 3.1).

Der Koordinations-, Steuerungs- und Planungsaufwand für das JIBB kann mit dem vorhandenen Personal nicht mehr geleistet werden (vgl. ebd.).

### 2. Geltend gemachter Kapazitätsmehrbedarf

#### Stellenschaffung

0,5 VZÄ für eine/n SB Produktsteuerung der Fachrichtung Sozialdienst (3. QE)  
befristet vom 01.01.-31.12.2018

### 3. Beurteilung des Kapazitätsmehrbedarfs

#### Ergebnis

Zu den in der Sitzungsvorlage dargestellten Kapazitätsmehrbedarfen wird wie folgt Stellung genommen:

Das Personal- und Organisationsreferat stimmt **vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung** der künftig geltend gemachten Stellenkapazitäten der Beschlussvorlage grundsätzlich zu.

Dem Antrag der Referentin – insbesondere Ziffer 2 – ist derzeit allerdings nicht die

Beauftragung zu einer vom 01.01.2018 bis zum 31.12.2018 befristeten Stellenschaffung zu entnehmen. Der Antragstext ist deshalb zwingend zu überarbeiten.

Die Einschätzung, ob die im Beschlussvortrag genannten Sachmittel tatsächlich zur Verfügung stehen und für den o. g. Zweck abrufbar sind, obliegt der Stadtkämmerei.

### **Begründung**

Die Notwendigkeit der Zuschaltung einer Stelle mit der Hälfte der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit für das Jahr 2018, um Aufgaben im Bereich der fachlichen Steuerung eines freien Trägers zu erledigen, kann dem Grunde nach nachvollzogen werden. Auf die Ausführungen im Beschlussvortrag, Seiten 4 ff. wird verwiesen.

Der Höhe nach kann der Stellenbedarf anhand der vorliegenden Unterlagen jedoch nicht plausibilisiert werden. Eine diesbezügliche Evaluation und Stellenbefristung ist grundsätzlich angezeigt.

Dem Erfordernis der Stellenbefristung wird bereits – zumindest mit Blick auf die Aussagen im Beschlussvortrag – durch das Sozialreferat Rechnung getragen. Eine Anpassung der Antragsziffer 2 ist noch notwendig.

Die Ausführungen zur Bewertung der neu einzurichtenden Stelle im Beschlussvortrag stehen unter dem Vorbehalt einer Prüfung durch das Personal- und Organisationsreferat anhand einer noch vorzulegenden Arbeitsplatzbeschreibung.

Das Personal- und Organisationsreferat ist als Querschnittsreferat der Landeshauptstadt München betroffen, wenn zusätzliche Stellen eingerichtet und besetzt werden, sowie das gewonnene Personal betreut werden muss. Betroffen sind regelmäßig die Abteilung 1 Recht, die Abteilung 2 Personalbetreuung, die Abteilung 3 Organisation, die Abteilung 4 Personalleistungen sowie die Abteilung 5 Personalentwicklung, Bereich Personalgewinnung.

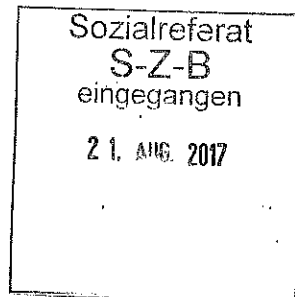
Das POR wird den sich durch diese Beschlussvorlage ergebenden zusätzlichen Aufwand zu gegebener Zeit gesondert im zuständigen VPA geltend machen.

Wir bitten die Stellungnahme der Beschlussvorlage beizufügen.

Die Stadtkämmerei, das Direktorium und das Stadtjugendamt erhalten einen Abdruck der Stellungnahme.

gez.

Datum: 17.08.17  
Telefon: 0 233-30788  
Telefax: 0 233-67968



**Personal- und  
Organisationsreferat**

Organisation  
POR-P 3.23

Anlage 16

Stellungnahme zur Beschlussvorlage „Bündelung der Angebote für junge Menschen unter 25 im Übergang in den Beruf, Junge Menschen in Bildung und Beruf - JiBB“  
(Sitzungsvorlage Nr. 14 - 20 / V 07682) - Nachtrag

Kinder- und Jugendhilfeausschuss am 12.10.2017  
Vollversammlung am 18.10.2017

#### An das Sozialreferat - S-GL-B

Zu unserem Schreiben vom 07.08.2017 wird ergänzend mitgeteilt, dass mit Blick auf die geplante Kapazitätsausweitung zwingend eine Beschlussfassung durch die Vollversammlung des Stadtrates erfolgen muss. Eine Befassung nur des Kinder- und Jugendhilfeausschusses ist im vorliegenden Fall nicht ausreichend.

Die Stadtkämmerei, das Direktorium und das Stadtjugendamt erhalten einen Abdruck dieses Schreibens.

